

Offener Brief

Herrn Thomas Stritzl
Kreisvorsitzender der CDU Kiel
CDU Kreisverband Kiel
Sophienblatt 44-46
24114 Kiel

8. Januar 2008

Betrifft: Pläne für ein neues Kohle-Großkraftwerk

Sehr geehrter Herr Stritzl,

zuerst lassen Sie mich dafür danken, daß die CDU zwei Veranstaltungen zum Thema eines neuen GKK durchgeführt hat.

In der KN vom 8.1. lese ich nun, daß Sie sich nicht unbedingt vor den Kommunalwahlen festlegen wollen, und Ihre Prioritätenliste: „wirtschaftlich, sicher und umweltfreundlich“ und „es muß in Kiel gebaut werden“

Gestatten Sie mir dazu ein paar Anmerkungen und Fragen:

A) Da die Entscheidung über die künftige Energieversorgung Kiels eine immense Tragweite von weit über 30 Jahren haben wird, sollte sich auch die CDU in Kiel m.E. bis zu den Kommunalwahlen eine Meinung gebildet haben und diese dem potentiellen Wähler vermitteln.

B) „wirtschaftlich, sicher und umweltfreundlich“

Ich möchte daraus nicht unbedingt schließen, daß Sie hier grundsätzlich „Geld“ vor „Umweltschutz“ bzw. Menschenschutz setzen wollen.

In Industrie und Wirtschaft macht sich seit Jahren, wenn auch zu langsam, die Erkenntnis breit, daß sich umweltbewußtes Handeln längerfristig auch wirtschaftlich auszahlt. Siehe dazu der beiliegende Aufsatz des Industriemanagers Peter H. Grassmann aus den VDI-nachrichten¹.

Bei der Beantwortung der Frage nach der geeigneten Energieversorgung für Kiel, SH und auch Deutschland und bei der Betrachtung der Wirtschaftlichkeit müssen auch die offenen und verborgenen Subventionen für Kohle- und Atomindustrie (die immer noch höher liegen als für die erneuerbaren Energien (EE)!) und auch die externen Kosten angesprochen werden.

Robert F. Kennedy jr, der Sohn des ermordeten Senators und Rechtsanwalt in Umweltfragen, beschreibt in seinem Buch „Crimes Against Nature“ anhand der USA, daß zwischen Umweltverschmutzung und Subventionen immer eine Verbindung besteht.

Finden Sie es vertretbar, daß

1. die Subventionen für Kohle und Atom immer noch höher sind als für die EE?
2. auf die wesentlich sauberere Primärenergie Erdgas eine Steuer erhoben wird, aber nicht auf Kohle und Uran?

¹ Wochenzeitschrift des ideologisch unverdächtigen Vereins Deutscher Ingenieure mit vielen relevanten Artikel zu erneuerbaren Energien

3. die externen Kosten wie für die Schädigung der Umwelt und der Gesundheit und der damit einhergehende Schaden an der Gesellschaft von dieser getragen wird, die Profite aber von den Konzernen kassiert werden? (Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Kosten)? Sollten nicht die Preise für die verschiedenen Energieträger die realen Kosten, auch für die Schädigung der Umwelt, widerspiegeln?

4. Würden sie einer angeblich größeren Wirtschaftlichkeit von Kohle den Vorrang geben gegenüber dem Einsatz von Erdgas und dem Ausbau der EE?

Zu Atom: Die deutschen AKWs mögen zwar recht sicher sein, abgesehen von den vielen Pannen. Aber: Wenn die späten Neandertaler Atomkraftwerke gehabt hätten, müßte der Atommüll sogar heute, nach über 30.000 Jahren, noch be- und überwacht werden. Wer soll das bezahlen?

Zu Kohle: Bei der Verbrennung werden nicht nur CO₂ frei, sondern auch große Mengen Feinstaub und sonstige Stoffe mit bekannter Giftigkeit. Ich verweise auf das Flugblatt der CDU in Krefeld mit den entsprechenden Zahlen und ihrer Darlegung, weshalb für sie kein Kohlekraftwerk in Krefeld in Frage kam. Auf www.bi-saubere-luft.de finden Sie im Download-Teil eine pdf-Datei der Ärzte-Initiative in Krefeld gegen das Kohle-KW mit weit über 100 Unterschriften. In der MOPO vom 13.1. wird über den Protest einer Ärzte-Initiative gegen die Pläne für Moorbürg berichtet.

Können Sie sich nach der Lektüre vorstellen, sich der Argumentation Ihrer Krefelder Kollegen anzuschließen?

Sicherheit:

Darunter verstehen Sie bestimmt auch die Versorgungssicherheit. Das erste Argument, das man hört, lautet meist, daß die Sonne nicht immer scheint und der Wind nicht immer weht und man Strom angeblich schlecht speichern könne. Deshalb lege ich noch zwei Artikel bei, die zeigen, daß (wie auch Frau Merkel berichtet wurde), die EE durchaus grundlastfähig sind.

Arbeitsplätze:

Die CDU verstehe ich als die Partei auch der kleinen und mittleren Betriebe. Wenn wir Kohle auf das Ostufer bekämen, würden während der Bauphase höchstens 25% der Arbeit der Region zugute kommen. Zudem würden trotz einer gewaltigen Investition von ca. 1,3 Mrd Euro nicht nur keine Arbeitsplätze geschaffen, sondern acht oder mehr vernichtet werden!

Bei Einsatz und Ausbau von EE jedoch werden erwiesenermaßen langfristig UND regional Arbeitsplätze geschaffen und die Wertschöpfung erfolgt ebenfalls in der Region.

Angebot:

Im Rahmen des Kieler Energiestammtischs wurde eine Präsentation zu diesem Thema mit Vorschlägen zu Alternativen entwickelt und auch schon diversen Gremien vorgetragen.

Wenngleich ich diesen Brief als Privatperson schreibe, so darf ich Ihnen anbieten, diese Präsentation im Sinne einer möglichst umfassenden Prüfung aller Argumente auch in einem CDU-Kreis vorzutragen

Mit freundlichen Grüßen